

## k Rüdersdorf

### Vorläufiger Stand der Dinge

(ms) Für den 29. Oktober 2013 ist nun eine Erörterungsveranstaltung geplant, auf dieser besteht für beide Seiten die Möglichkeit, miteinander ins Gespräch zu kommen. Auf die Frage, ob die Bürgerinitiative mit Vattenfall ins Gespräch kommen möchte, sagte deren Vorsitzender Alfred Possin in einem Telefongespräch: „Die Bürgerinitiative fordert von der Gemeinde Rüdersdorf, vom Landrat und dem Landesumweltamt ein humantoxikologisches Gutachten, dass neben den aktuellen Schadstoffemissionen auch die vorhandenen Altlasten berücksichtigt. Außerdem werden wir die Bevölkerung weiter sachkundig informieren und auch weiter politischen Druck ausüben, bis Vattenfall den Antrag zurückzieht.“

Bürgermeister André Schaller sagt zu diesem Thema: „Die Gemeindevertretung hat dem Änderungsantrag der Vattenfall GmbH, schon am 12. Juli 2013 einstimmig das bauliche, gemeindliche Einvernehmen versagt. Damit hat sich die Gemeinde Rüdersdorf eindeutig gegen eine Erweiterung der Anlage positioniert.“

*Das „gemeindliche Einvernehmen“ ist ein baurechtlicher Begriff, der mit „Einverständnis einer Gemeinde“ zu einem Bauvorhaben gleichzusetzen ist. Es dient der Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung. Es kommt nur zum Tragen, wenn es sich bei der Baugenehmigungsbehörde und der Gemeinde um zwei verschiedene Behörden handelt. Die nach Landesrecht zuständige Behörde kann ein rechtswidrig versagtes Einvernehmen der Gemeinde ersetzen.*

Anm. d. Red.

**Lügelland**

Container · Abriss · Erdbau

l. (03 36 38) 74 333

Grundstücksberäumung